

Das Rote Wien und seine Gegner 1919-1934



**Plakatausstellung Gasthaus Rohrböck, 1040 Wien, Rilkeplatz 7
von 6.11.2023 bis Ende Frühjahr 2024**

Originalplakate und Text von Prof. Dr. Erik Eybl, Wien
erik.eybl@aon.at, www.plakatmuseum.at

Unter „Rotes Wien“ versteht man die Periode von 1919 bis 1934, als in Wien die Sozialdemokratische Partei (SDAP) mit absoluter Mehrheit regierte. Durch die ab 1870 einsetzende Landflucht und die enorme Bautätigkeit in Wien, von der man sich reichlich Beschäftigung versprach, wuchs die Bevölkerung von 900.000 (1870) auf über 2 Mio Menschen (1910). Es gab zu wenige Wohnungen und zu viele Arbeitskräfte. Mietenwucher und Lohndumping führten zu Verarmung und Elend großer Bevölkerungsteile. Nach der liberalen Gesellschaftsordnung war Fürsorge für Arme der kirchlichen und privaten Wohltätigkeit überlassen, städtische Dienstleistungen wurden durch Privatunternehmen teuer erbracht. Erst der heute so umstrittene Bürgermeister Lueger mit seiner mittelständisch-kleinbürgerlichen Christlichsozialen Partei (CSP) übernahm die Versorgungsbetriebe ins städtische Eigentum und trug dadurch zum späteren Erfolg des „Roten Wien“ bei.

Im Ersten Weltkrieg kamen aus dem russisch besetzten Ostgalizien um die 25.000 meist bettelarme und oft jüdische Flüchtlinge in die Stadt. Gemeinsam mit dem Lebensmittel- und allgemeinen Gütermangel ließ dies die Verelendung sprunghaft ansteigen. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie übernahm die SDAP als Wahlsiegerin 1919 die Verantwortung für Wien. Zuerst mussten die Finanzen in Ordnung gebracht werden, da die galoppierende Inflation jede Planung unmöglich machte. Das gelang dem CS-Bundeskanzler Seipel Ende 1922 nach einer hohen Kreditgewährung des Völkerbundes. Nun konnte man auch in Wien eine geordnete Zukunftspolitik beginnen. Bürgermeister Karl Seitz hatte dazu ein Team von Spezialisten: für die Finanzen Hugo Breitner, für Wohlfahrt, Gesundheit und Jugend Julius Tandler, für Sozialpolitik und Wohnbau Anton Weber und für städtische Schulen Otto Glöckel. Die Schwerpunkte der Reformen lagen auf Wohnbau, Fürsorge, Schule, Arbeiterkultur und Freizeit. Gesellschaftspolitisch wollte man das marxistische Ideal des „Neuen Menschen“ umsetzen. Von den Einflüssen Andersdenkender möglichst abgeschottet sollte der Genosse durch Parteiinstitutionen im Sinne des Sozialismus‘ „erzogen“ werden.

Das Problem der Finanzierung löste die Stadt zuerst durch Trennung von Niederösterreich und Erhebung in den Status eines Bundeslandes neben dem einer Gemeinde. Wien hatte 30% der Bundesbevölkerung, erhielt dadurch aber mehr als 50% der Finanzausgleichsmittel. Den Rest brachte Breitner durch stark progressive Steuern auf, die damals auch durch Länder „erfunden“ und eingehoben werden konnten. Sie belasteten vor allem die Wohlhabenden und den sowie schon durch den Krieg schwer betroffenen Mittelstand und schonten die Wählerschaft der SDAP. Die Bundesländer erreichten ab 1931 eine Neuverteilung des Finanzausgleichs zu Lasten Wiens. Im selben Jahr erfasste die Weltwirtschaftskrise Österreich mit voller Wucht. Der sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit, das geringere Steueraufkommen und die Kürzung aus dem Finanzausgleich brachten die Investitionstätigkeit der Stadt Wien zum Erliegen. Aber immerhin wurden aus den „bürgerlichen“ Steuern von 1922 bis 1932 65.000 Wohnungen, 89 Kindergärten, 23 Kinderfreibäder, 6 Sport- und Hallenbäder, etliche Schulzahnkliniken und das Praterstadion gebaut.

Die radikalen marxistischen Phrasen der Parteiführung um Otto Bauer ließ das bürgerliche Lager eine Revolution ähnlich wie in Russland fürchten, obwohl die SDAP streng an den Regeln der Demokratie festhielt. Die von der Polizei blutig niedergeschlagenen Ausschreitungen nach dem Urteil im „Schattendorf-Prozess“ 1927 deutete man fälschlich als sozialistischen Putschversuch. Die Parteitruppen Republikanischer Schutzbund (SDAP) und Heimwehr (CS) wurden aufgerüstet. Nachdem die SDAP 1931 ein Koalitionsangebot der CS abgelehnt und stattdessen Neuwahlen gefordert hatte, hebelte Bundeskanzler Dollfuß das Parlament aus. Die Gefahr, die NSDAP könnte bei den nächsten Wahlen zur stärksten Partei werden, empfand er als zu groß. Zur Verhinderung einer Waffensuche der Polizei beim mittlerweile illegalen Republikanischen Schutzbund im Februar 1934 in Linz eröffnete dieser das Feuer auf die Exekutive. Der anschließende Aufstand in Wien und einigen Industrieregionen war nach wenigen Tagen niedergeschlagen. Die SDAP wurde verboten, Bürgermeister Seitz und seine Stadtregerung ihres Amtes enthoben.

In der Vitrine: Zwei „Rote“ Feiertage

„Es lebe hoch der 1. Mai“

In den USA endeten die nur temporär geschlossenen Industriearbeiterverträge regelmäßig am 30. April. Oft wurden ab 1. Mai alte Beschäftigte durch billigere Immigranten ersetzt. Um dieses Datum gab es daher immer wieder heftige Demonstrationen, auch zur Durchsetzung des Achtstunden-Arbeitstages. Am 1. Mai 1886 führte die US-Arbeiterbewegung in Chicago einen Generalstreik durch, der wegen Aussperrungen durch die Arbeitgeber eskalierte. Es gab Tote, etliche Drahtzieher wurden hingerichtet. Der Gründungskongress der „Zweiten Sozialistischen Internationale“ rief 1889 zum Gedenken daran den 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ aus. 1890 wurde er zum ersten Mal weltweit begangen. In Wien geschah dies durch die 1888 vom Wiener Arzt Dr. Victor Adler in Hainfeld gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP). Mehr als 100.000 Personen folgten dem Aufruf in den Prater. Damit stellte Wien die weltweit höchste Teilnehmerzahl. In seit 1896 abgeschlossenen Kollektivverträgen wurde der 1. Mai immer öfter als arbeitsfreier Tag vereinbart.

Die sozialdemokratische Regierung Renner veranlasste 1919 eine gesetzliche Verankerung als „allgemeinen Ruhe- und Festtag“. Außer der SDAP und KPÖ hatte daran aber niemand Interesse. Der Aufmarsch erfolgte ab 1920 auf der Ringstraße, die Feier fand vor dem sozialdemokratisch geführten Rathaus statt. Nach der Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung Dollfuß im März 1933 erließ diese ein generelles Aufmarschverbot zur Verhinderung von Protesten, aber auch von gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Nun riefen die SDAP und die KPÖ dazu auf, am 1. Mai bloße „Spaziergänge“ in der Innenstadt durchzuführen. Polizei und Militär verhinderten diese Demonstrationen. Noch im Mai 1933 wurde die KPÖ, im Juni die NSDAP verboten. Das Verbot der SDAP fand nach dem erfolglosen Aufstand von Teilen der Partei im Februar 1934 statt. Bundeskanzler Dollfuß setzte bewusst am 1. Mai 1934 diktatorisch eine neue Verfassung ein und deklarierte den 1. Mai nun zum Feiertag dieser neuen Verfassung.

Während der NS-Herrschaft ab 1938 blieb der 1. Mai als „Tag der deutschen Arbeit“ gesetzlicher Feiertag.

Die neu gegründete SPÖ veranstaltete schon 1945 ihren ersten Mai-Aufmarsch. Im August 1949 wurde der 1. Mai wieder als Staatsfeiertag gesetzlich verankert.



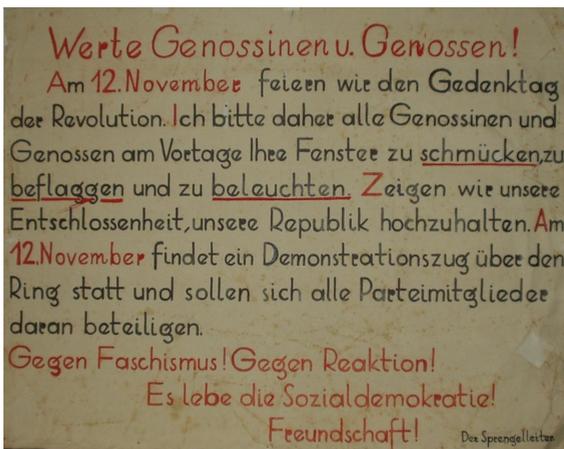
In der Vitrine: Die Linksparteien KPÖ (links) und SDAP (Mitte und rechts) und der 1. Mai Fensterfähnchen, Mai-Abzeichen, Streu- und Flugzettel sowie Zeitungen zum Aufmarschverbot 1933

Der 12. November – ein Staats-, aber kein Nationalfeiertag

Bis 1918 wurde der jeweilige Geburtstag des Kaisers als „Festtag“, an dem zumindest die Schulkinder frei hatten, begangen. Feiertage gab es nur rein kirchlicher Natur. Nach der Verzichtserklärung Kaiser Karls auf seine Teilnahme an den Regierungsgeschäften vom 11. November 1918 setzte die provisorische Nationalversammlung am 12. November das *Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs* in Kraft. Damit war die Republik gegründet, auch wenn sie sich im gleichen Gesetz zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärte und eigentlich sofort wieder aufgab. Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges zwangen Österreich aber gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zur Eigenstaatlichkeit. Dieser 12. November wurde 1919 gesetzlich als Staatsfeiertag festgesetzt, bewusst nicht als „Nationalfeiertag“. Die Bevölkerung empfand sich nicht als eigene Nation, sondern als Teil der Deutschen Nation. Es sollte nur des Wechsels von der Monarchie zur Republik, nicht etwa der Gründung Österreichs gedacht werden. Man wollte sich ja noch immer an das Deutsche Reich anschließen.

Als Antwort auf die immer heftiger werdende Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland versuchte die Regierung ab 1934 ein „Österreichbewusstsein“ als „zweiter deutscher Staat“ zu schaffen. Doch erst nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges bekannten sich die Österreicher mehrheitlich zu einer eigenen Nation – die aber noch 1988 von Jörg Haider als eine „Missgeburt“ bezeichnet wurde.

Zur Erinnerung an den 25. Oktober 1955, jenem Tag, bis zu dem sich gemäß Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 noch Besatzungstruppen in Österreich hätten aufhalten dürfen, führte das Unterrichtsministerium 1956 einen schulfreien „Tag der Fahne“ ein. Am 26. Oktober 1955 wurde das *Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs* als erstes Gesetz in völliger Freiheit beschlossen. Ab 1965 sollte dieser Tag der gesetzlich verankerte „Nationalfeiertag“ sein. Der 1. Mai blieb „Staatsfeiertag“. Der 12. November als Tag der Republikgründung wurde bedeutungslos, auch weil sich im Gründungsgesetz von diesem Tag ja der Passus befand, „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“. Daran wollte man nach 1945 nicht mehr erinnert werden.



Oben: Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), handschriftlicher Aufruf. Wien, vor 1933 [1542]. Der 12. November als Gedenktag an die Ausrufung der Republik – hier überschwänglich „Revolution“ genannt – war der zweite Feiertag, den die SDAP hoch hielt. Wie am 1. Mai sollten die Fenster beflaggt und sollte auf der Ringstraße demonstriert werden.

Die Arbeiter-Zeitung berichtete 1919 noch mit bescheidenen Aufmachern von den beiden neuen Feiertagen.



Der Nationalfeiertag.

Wenn man die Wiener Blätter als Blätter in der menschlichen Sprache nicht anders prüft als den Blättern der Natur, dann ist man ein Verehrer, und man ist nicht anders...

vom 2.5.1919

Am Jahrestage.

Das Jahr der Republik beginnt! Die Republik ist nicht ein Ereignis, sondern ein Zustand. Ein Zustand, der nur durch die Arbeit der Menschen erreicht werden kann. Ein Zustand, der nur durch die Arbeit der Menschen erreicht werden kann. Ein Zustand, der nur durch die Arbeit der Menschen erreicht werden kann.

vom 12.11.1919

Die **Kommunistische Partei (Deutsch)Österreichs KP(D)Ö** wurde als zweite Linkspartei neben der bereits seit 1888 bestehenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) am 3. November 1918 gegründet. Sie ist nach der russischen und niederländischen die drittälteste Kommunistische Partei der Welt. In Einklang mit den russischen Bolschewiken lehnte die KPÖ die parlamentarische Republik ab und strebten eine revolutionäre Machtübernahme an. 1918 und 1919 scheiterten Putschversuche in Ansätzen. Die KPÖ erreichte keinerlei Bedeutung, da die SDAP durch verbalen Radikalismus auch die extreme Linke an sich band und die Heimatschutzverbände der Bundesländer keinen Zweifel daran ließen, eine Machtübernahme der Kommunisten bewaffnet niederschlagen zu wollen. 1933 verbot die Regierung Dollfuß NSDAP und KPÖ. 1945 wurde sie unter dem Druck der sowjetischen Besatzung an der Regierung beteiligt, erlangte aber bei den ersten Nationalratswahlen trotz massiver Förderung durch die Sowjets nur 5,42 % der Stimmen. Ab 1959 war sie nicht mehr im Parlament vertreten. Auch die KPÖ feiert den 1. Mai, „Hammer und Sichel“ sind auf den Abzeichen aber kaum zu erkennen.

Über der Schank:

Wiener Gemeinderat: Todesanzeige Bürgermeister Dr. Karl Lueger, Wien 1910 [2007]

Karl Lueger (1844 – 1910) stammte aus einfachen Verhältnissen, konnte dennoch studieren und arbeitete ab 1874 als Rechtsanwalt. Er war ab 1878 Mitglied des Gemeinderates, wo er sich besonders für die Bedürfnisse und Rechte des Mittelstandes einsetzte, der dann auch die Wählerschaft der von ihm 1893 gegründeten „Christlichsozialen Partei“ stellte. Als Populist gab er sich entgegen seiner privaten Meinung in der Öffentlichkeit als übler Antisemit. Er nahm in Kauf, die Aggressivität gegen jüdische Bürger



zu fördern, wenn er nur die Zustimmung der Wähler fand. Doch auch Vertreter der gegnerischen Sozialdemokraten, wie der überaus populäre Franz Schuhmeier, verwendeten antisemitische Klischees.

Luegers stattliches Auftreten, die populistischen Reden und das Eintreten für den Mittelstand machten ihn in dessen Augen zum „Gott von Wien“. 1897 wurde Lueger vom Gemeinderat zum Bürgermeister gewählt, aber vom Kaiser als „Radau-Antisemit“ immer wieder abgelehnt bis er ihn im fünften Anlauf nach einer Intervention des Papstes doch bestätigte. Durch Kommunalisierung der Straßenbahn, der Gas- und Elektrizitätswerke, Errichtung der II. Wiener Hochquellwasserleitung, des Versorgungsheimes Lainz und der Klinik Am Steinhof erwarb sich Lueger große Verdienste um die Stadt. Er legte damit auch ein Fundament, auf dem das „Rote Wien“ aufbauen konnte. Politisch empfand er die Sozialdemokratie als größte Bedrohung seiner „Christlichsozialen“ und verhinderte ein gleiches Wahlrecht in Wien.

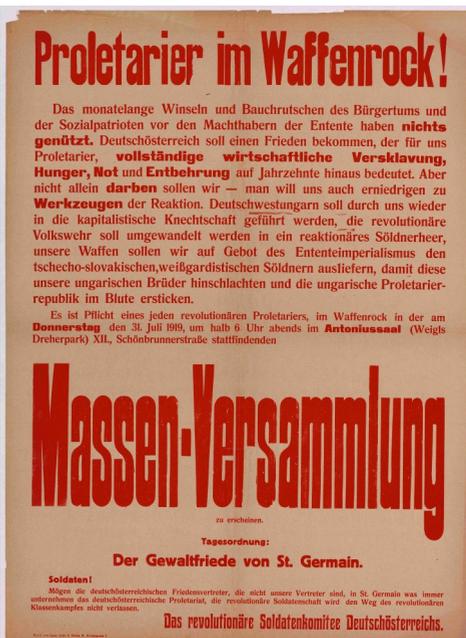
Anonym: Franz Schuhmeier, Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP, Wahlauftritt 1911 [3067]



Der aus proletarischen Verhältnissen stammende Franz Schuhmeier gründete mit 24 Jahren einen Arbeiterbildungsverein in Ottakring aus dem sich die Bezirksorganisation der SDAP entwickelte. 1900 wurde er mit dem späteren Bürgermeister Jakob Reumann zu einem der

beiden ersten SDAP Abgeordneten im Wiener Gemeinderat gewählt. Dort übte er laufend heftige Kritik an Bürgermeister Lueger. Wie dieser bediente auch er sich antisemitischer Polemik. Schuhmeier erstellte das erste Kommunalprogramm seiner Partei und legte damit eine Basis für das „Rote Wien“. 1913 wurde der überaus beliebte Schuhmeier vom geistig verwirrten Bruder eines christlichsozialen Politikers ermordet.

Anonym: Proletarier im Waffenrock Kommunistische Partei KPÖ, Aufruf 1919 [986]
Wiens Lage nach dem Ersten Weltkrieg war verheerend. Die tägliche Lebensmittelration von 1.000 kcal konnte nur durch ausländische Hilfslieferungen sichergestellt werden. Mangels Kohlen hauste die ausgehungerte Bevölkerung in unbeheizten Wohnungen. Stadt und Bewohner waren völlig zerlumpt. Zehntausende Soldaten kehrten aus russischer Kriegsgefangenschaft heim, viele mit bolschewistischem Gedankengut. Wie schon in Ungarn und Bayern sollte auch in Österreich eine kommunistische Räterepublik errichtet werden. Das unterstützten aber selbst die Arbeiter nicht, da die sozialdemokratischen Parteiführer unbeirrbar an der parlamentarischen Demokratie festhielten. Nachdem ein erster Putschversuch im November 1918 gescheitert war, wurde die kommunistische Soldateska der „Roten Garde“ durch den sozialistischen Leiter des Heeresressorts Julius



Deutsch in die neue Volkswehr einbezogen, dort aber isoliert und besonders beobachtet. Diese „Rote Garde“ eilte 1919 der ungarischen Räterepublik in ihrem Kampf gegen die Tschechoslowakei und Rumänien zu Hilfe und wurde dort aufgerieben. Ein von ungarischen Kommunisten unterstützter weiterer Putschversuch in Wien am 15. Juni 1919 scheiterte. Die Haltung der Sozialdemokraten bewahrte Österreich vor einer kommunistischen Machtübernahme. Die marxistischen Phrasen der Parteiführung verunsicherten aber Bürger und Bauern nachhaltig und spalteten so die Gesellschaft.



Anonym: Stärkt die Rote Welle.

Wahlaufwurf KPÖ 1919 [4063]

Zwei Jahre zuvor brach die russische Revolution mit ihrer Vernichtung des Adels, des Bürgertums und der großen und mittleren Bauern aus. Im Frühjahr 1919 entstanden bolschewistische Räterepubliken in Ungarn und Bayern. Die „Rote Welle“ schien tatsächlich von Russland aus nach Westen zu schwappen. Nach Vorstellung der KPÖ sollte Österreich das nächste Land der „Roten Welle“ sein.

Da sich die SDAP besonders durch

den Chefideologen Otto Bauer einer radikalen marxistischen Sprache bediente, fiel es den Bürgerlichen schwer, zwischen ihr und den Kommunisten zu unterscheiden. Beide strebten einen marxistischen Staat, Enteignung der Produktionsmittel, Herrschaft des Proletariats und die klassenlose Gesellschaft an. Doch die SDAP wollte die Macht demokratisch über Wahlen, die KPÖ in einer Revolution erreichen.

George Karau: Die Toten rufen! Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP, Wahl 1919 [575]

Die Sozialdemokraten stellten ihren Wahlkampf 1919 ganz auf die Kriegsschuldfrage ab. Die Vorwürfe waren gegen konservative und nationale Parteien gerichtet, doch auch die Sozialdemokratie verfiel 1914 in einen wahren Kriegsrausch. Nur eine kleine Gruppe um Friedrich Adler, den Sohn des SDAP-Gründers Victor Adler, opponierte gegen die Kriegsbegeisterung seiner Partei. Adler ermordete 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh.

George Karau (1876-1936) war als Grafiker und Architekt tätig. Für die SDAP entwarf er Plakate für den Wahlkampf 1919. Als Architekt für das „Rote Wien“ arbeitete er mit Margarete Schütte-Lihotzky und Adolf Loos. Karau plante unter anderem die Siedlungen "Friedensstadt" in Hietzing, "Favorit" in Favoriten und die Wohnhausanlage Albert-Schultz-Hof in Donaustadt.



Mihaly Biró: Die dort sind an unserem Elend schuld. Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP, Wahl 1920 [580]



Feindbilder waren der häufigste Inhalt von Wahlplakaten der Ersten Republik. In den Wahlkämpfen von 1919 und 1920 dominierte noch die Kriegsschuldfrage. Der Kriegsinvaliden und seine ausgehungerte Frau stehen für die Sozialdemokratie, die auf ihre Feinde hinweist: um den feisten Priester scharen sich der jüdische Kapitalist, der Gutsbesitzer und der k.u.k. Offizier. Biró schuf für die SDAP das erste „corporate design“ für eine politische Partei.

Die Werke von Mihaly Biró (1886-1948) für die ungarischen Sozialisten noch vor dem Ersten Weltkrieg waren die ersten künstlerischen politischen Plakate Europas. Er schuf aber auch Sujets für Produkt- und Filmwerbung. Als Kommunist floh Biró nach der Zerschlagung der Räterepublik 1919 aus Ungarn nach Österreich. Hier entwarf er 1920 und 1924 eindrucksvolle Wahlplakate für die SDAP. Nach Jahren in Berlin und wieder in Wien floh er vor den Nazis zuerst nach Prag, dann nach Paris, wo er als „U-Boot“ schwer krank das Kriegsende erlebte.

Fritz Schönflug: Wenn Ihr den nicht wollt Christlichsoziale Partei CSP, Wahl 1919 [674]

Der „Rote“ vor der Silhouette Wiens als Mordbrenner und Bombenwerfer. Seine Kleidung sieht von der Kappe bis zu den Stiefeln „russisch“ aus, soll an die Schrecken der Revolution erinnern und die bürgerliche Angst schüren. Fritz Schönflug (1873-1951), der erfolgreichste Karikaturist der Monarchie, zeichnete zahlreiche militärische Szenen und volkstümliche Typen für Ansichtskarten und Zeitschriften. Nach 1918 stand er dem national-konservativen Lager nahe.



Fritz Schönflug: Rettet Wien

Christlichsoziale Partei CSP, Wahl 1923 [Nachdruck oNr]

Der 1910 verstorbene, von seinen Wählern als „Gott von Wien“ verehrte Bürgermeister Lueger lächelt wie ein gütiger Herrgott aus dem Himmel auf Wien. Lueger war der populärste Politiker seiner Zeit. Für den Mittelstand war seine Regierung von 1897-1910 eine „goldene Ära“.

Bei den Wiener Landtagswahlen 1923—für die dieses Plakat warb—gewannen die Christlichsozialen gegenüber 1919 immerhin 6% dazu und kamen auf 33 % der Stimmen. Die Sozialdemokraten konnten ihre Mehrheit allerdings auf 56% ausbauen. 1927 wurde es mit 60% das beste Ergebnis.



An den Wänden

Anonym: Das neue Wien. Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP, Landtagswahl 1927 [974]

Die Wirkung des Films für Parteiwerbung erkannten die Sozialdemokraten als erste. Dieser Film, der in Teilen noch im Internet abrufbar ist, stellt die Palais des Adels und Kirchenbauten den elenden Wohnungen in verrotteten Vorstadt-Häusern oder berüchtigten Zinskasernen gegenüber. Als Lösung des Wohnungsproblems werden die Gemeindebauten vorgestellt. Vorgeführt wurde der Film auf den ehemaligen Naschmarktgründen, heute etwa im Bereich der Kunsthalle am Karlsplatz. Im Freilichtbereich konnten bis zu 10.000 Menschen teilnehmen. Zusätzlich gab es den „roten Wiener Kasperl“ zu sehen, der wie jeder Kasperl immer gewann. Um mögliche Fremdwähler nicht sogleich abzuschrecken nannten die Sozialdemokraten ihr Konzept für die Stadt „Neues Wien“, der Begriff „Rotes Wien“ wurde erst später geprägt.



Elisabeth Buzek: 10.000 Arbeitslose wieder mehr.

Christlichsoziale Partei CSP, Nationalratswahl 1930 [3432]
Der Wiener Finanzstadtrat Hugo Breitner war durch seine Steuerpolitik das erklärte Feindbild des durch Krieg und Inflation verarmten Wiener Bürgertums. Die Christlichsozialen warfen Breitner vor, mit seinen Steuern die Unternehmen zu sehr zu belasten und durch deren Zusammenbruch die Arbeitslosigkeit zu verstärken. Tatsächlich hielt die SDAP in Wien unbeirrt an der hohen Steuerlast für Unternehmen und Mittelstand fest, sorgte aber durch den Wohnbau auch für Aufträge an das Baugewerbe. Damit wollte man auch Arbeitsplätze erhalten, aber keinesfalls die Wirtschaft an sich stützen. Die Weltwirtschaftskrise wurde von der SDAP als der ersehnte Zusammenbruch des Kapitalismus gedeutet, auf dessen Trümmern sie die marxistische Gesellschaft errichten würde.



Viktor Th. Slama: 70.000 Arbeitslosen wollen sie die Unterstützung rauben.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP, Nationalratswahl 1930 [3933]
Die Weltwirtschaftskrise von 1929 traf Österreichs Wirtschaft mit voller Härte. Die Arbeitslosenzahl stieg binnen einem Jahr von 190.000 auf 250.000. Dazu kam der drohende Zusammenbruch der Creditanstalt-Bankverein, der größten Bank und Industrieigentümerin Österreichs. Die konservative Politik reagierte mit radikalen Einsparungen. Sie wurden auch bei der sowieso schon geringen Arbeitslosenunterstützung vorgenommen, wenn auch nicht so dramatisch, wie hier vermutet. Das Plakat stellt das Thema als Konfrontation eines bewaffneten ländlichen Heimwehrmannes mit einem unbewaffneten Arbeiter dar - obwohl die SDAP mit dem Republikanischen Schutzbund ebenfalls über eine bewaffnete Parteitruppe verfügte, die sie auch einsetzte.



Mihaly Biró: Denkt an das Getreidegesetz und Euren Hunger. Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP, Nationalratswahl 1920 [2499]

Mit dem Zerfall Österreich-Ungarns sperrten die Nachbarländer, die als Teile der Monarchie die Hauptstadt mit Lebensmitteln versorgt hatten, ihre Grenzen. Die Bundesländer produzierten kriegsbedingt zu wenig, auch dort kam es zu Verpflegungsmängeln. Ausfuhren wurden untersagt, bis das „Getreidegesetz“ vom Juli 1919 Getreide generell als beschlagnahmt erklärte. Wiens Versorgung konnte dadurch verbessert werden. Allerdings war der hier plakatierte Vorwurf, die Bauern seien gierig und egoistisch, überzogen und vergiftete das schon im Krieg gestörte Klima zwischen Wien und den Ländern weiter – so wie auch deren Ansicht, Wien sei ein „Parasit“, der auf Kosten der Länder leben wolle. Dass in Wien mit 2

Mio Menschen nun 30% der 6,5 Mio Einwohner des neuen Kleinstaates lebten, war nicht Schuld der Stadt. Ein Großteil der Wiener Bevölkerung wäre 1918/1919 verhungert, hätte nicht das westliche Ausland in großem Stil geholfen. Die Helfer der ersten Stunde waren neutrale Staaten. Zum Gedenken wurden Argentinier-, Dänen- und Hollandstraße, Schweizergarten und Schwedenplatz benannt. Etwas später kamen auch aus den ehemaligen Feindländern erhebliche Lebensmittelmengen. Besonders wichtig war die Ausspeisung der Amerikaner für 420.000 Wiener und niederösterreichische Kinder. Der darüber hinausgehende Bedarf musste importiert und an die völlig verarmte Bevölkerung hoch subventioniert abgegeben werden. Deshalb deckten die Staatseinnahmen 1920 nur noch 36% der Ausgaben. Den Rest finanzierte die Banknotenpresse. 1922 war eine Vorkriegskrone („Goldkrone) fast 15.000 Inflationenkronen wert. 1913 betrug das Jahresgehalt eines Lehrers 2.000 Kronen, dafür erhielt er 1923 ein halbes Ei.

Anonym: Der Eigenbrötler. Einheitsliste (= Christlichsoziale Partei CSP und andere), Landtagswahl 1927 [4054]

Als Steuermann im Rettungsboot ist der Obmann der CSP, Prälat Ignaz Seipel, zu erkennen. Auf der sinkenden „Wien“ hält Finanzstadtrat Hugo Breitner das Steuerrad während sich Bürgermeister Karl Seitz die Haare rauft.

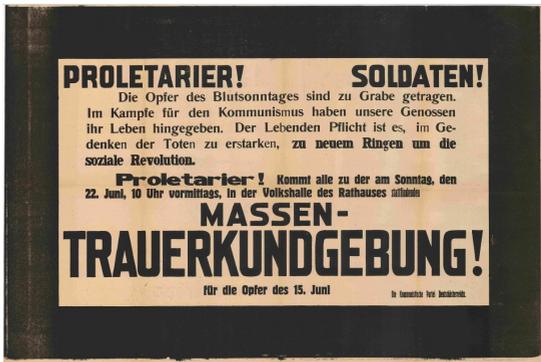
Mit der SDAP gab es nur eine Linkspartei, die KPÖ spielte keine Rolle. Das rechte Spektrum war in die Christlichsoziale Partei CSP, die Großdeutsche Volkspartei GDVP und später den Landbund LB zerplittert. Am rechtsäußersten Rand trat die NSDAP erst ab 1930 ernsthaft in Erscheinung. Bei Landtagswahlen kamen noch regionale Parteien dazu, wie in Wien die unbedeutende „Mittelständische Volkspartei“. Um den Reststimmeverlust zu minimieren, konnten sich Parteien zu Listen zusammenschließen, wie 1927 die Rechten in der „Einheitsliste“.



Anonym: Massen-Trauerkundgebung!

Kommunistische Partei Österreichs KPÖ, Aufruf, an einer Trauerkundgebung für die Toten der Demonstration vom 15. Juni 1919 teilzunehmen. [994]

Kommunistisch radikalisierte Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft schlossen sich in Wien zu einer bewaffneten „Roten Garde“ zusammen und gründeten die KPÖ. In drei Putschversuchen wollten sie, wie Lenin in Russland, eine Räterepublik und die Diktatur des Proletariats errichten. Am Tag der Ausrufung der Republik, dem 12. November 1918, hisste sie vor dem Parlament eine rote Fahne und versuchte erfolglos mit Waffengewalt in das Gebäude einzudringen. Im März 1919 hatte sich in Ungarn eine kommunistische Räterepublik etabliert, die Zugriff zu den Waffenlagern der ehemaligen k.u.k. Armee in Österreich erlangen wollte. Dazu drängten sie die KPÖ zu einer baldigen Machtübernahme. Am 17. April 1919 scheiterte der KPÖ-Versuch, eine Demonstration gegen die schlechte Versorgungslage in eine Putschbewegung umzulenken, am Widerstand der sozialistischen Volkswehr. Es gab Tote und Verletzte. Das führte zum endgültigen Bruch der Kommunisten mit den Sozialdemokraten. Die KPÖ plante nun einen weiteren Putschversuch für Juni 1919. Der von Vertrauensleuten informierte sozialdemokratische Innenminister Matthias Eldersch ließ die Führung der KPÖ verhaften, der Volkswehr-Verantwortliche Dr. Julius Deutsch verhinderte den Ausmarsch der „Roten Garde“. Auf Druck Ungarns zogen trotzdem am 15. Juni etwa 10.000 Demonstranten durch die Hörgasse zur Polizeidirektion am Ring, um die Freilassung ihrer tags zuvor verhafteten Funktionäre zu erzwingen. Polizei und regierungstreue Volkswehreinheiten eröffneten das Feuer. Es gab 20 Tote und 70 Schwerverletzte („Blutsonntag in der Hörgasse“). Damit war auch der dritte kommunistische Putschversuch gescheitert.



Hanns Zehetmayr: Wählt kommunistisch. Kommunistische Partei Österreichs KPÖ, Nationalratswahl 1920 [2313]

1919 war die am 3. November 1918 gegründete Kommunistische Partei nicht zur Wahl angetreten, da man von einer raschen, gewalttätigen Machtübernahme wie in Russland ausging. Da dies in drei Putschversuchen nicht gelang, nahm man 1920 doch an der Wahl teil. Das Bild zeigt aber das Ziel ganz unmissverständlich: Der Proletarier zertritt das Parlament und legt mit seiner Fackel Feuer. Das Plakat wurde wegen antidemokratischer Aussage verboten. Polizisten kratzten bereits angeklebte Exemplare mit Säbeln von den Wänden. Die Sozialdemokraten strebten zwar wie die KPÖ die Herrschaft des Proletariats an, wollten dies aber friedlich auf parlamentarischem Weg erreichen. Es waren SDAP-Politiker, die 1918/19 die Putschversuche der KPÖ verhindert hatten.



Anonym: Der Jüdische Grubenbaron Guttman... Sozialdemokratische Partei SDAP, Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung 1919 [157]

Viele, auch höchste, Funktionäre der Sozialdemokraten waren Juden. Trotzdem gab es in der Partei seit jeher auch Antisemiten. Um ihr Feindbild „Kapitalist“ zu diffamieren, bediente sich auch die SDAP in der Öffentlichkeit antisemitischer Polemik. So wird auf diesem gegen die Industriellen Guttman und Feilchenfeld sowie den Bankier Rothschild gerichteten Plakat, das Wort „jüdische“ übergroß hervorgehoben. „Kapitalisten“ wurden auf sozialistischen Plakaten nicht nur als feiste Männer mit Zylinder und Zigarre sondern auch mit verhetzenden Gesichtszügen gezeichnet.



Hans Neumann: So war das Wahlresultat 1919. Christlichsoziale Partei CSP, Nationalratswahl 1920 [3448]

Die SDAP war durch die Wahlen 1919 stärkste Partei geworden und fühlte sich hauptsächlich einer Verbesserung der Lage des Proletariats verpflichtet. Die 1919 beschlossenen Sozialgesetze sowie die Lebensmittelstützungen kosteten viel Geld. Die CSP befürchtete eine Revolution und stimmte als Koalitionspartner allem zu, auch den Steuergesetzen. Einseitige „Steuerexzesse“ durch die SDAP waren noch nicht möglich, da Wien noch keine eigenen Steuern einnehmen durfte. Finanziert wurde über die Banknoten-Presse. Die Propaganda verfehlte aber ihre Wirkung auf den durch die Inflation dramatisch verarmten Mittelstand nicht. Bei den Wahlen 1920 wurde die CSP stärkste Partei.

Die „Genfer Sanierung“ – finanzielle Voraussetzung für das „Rote Wien“

Als Folge des Ersten Weltkrieges verfiel die österreichische Kronen-Währung in eine noch nie erlebte Hyperinflation. Auf ihrem Höhepunkt entsprach der Wert einer Vorkriegs-Krone 15.000 Inflationkronen. Hatte ein Angestellter 1915 für ein gutes Jahresgehalt von 2.500 Kronen Kriegsanleihen gekauft, konnte er sich von dem Erlös 1925 ein Ei leisten.

Zur Versorgung mit Kohle und Grundnahrungsmitteln musste der Staat immer mehr Geld drucken. Um diesem Kreislauf zu entfliehen, gab es für den christlichsozialen Bundeskanzler Seipel nur einen Ausweg: Einen vom Völkerbund garantierten Auslands-Kredit, der hoch genug war, um die Gelddruckerei stoppen zu können.



Mihaly Biró: *Gegen die Genfer Sanierung, Wien, 1922*

Der Völkerbund in Genf gab einen Kredit über ein Jahresbudget (650 Mio Gold-Kronen). Der Preis waren radikale Sparmaßnahmen und ein erheblicher Beamtenabbau unter Aufsicht eines Kontrolleurs des Völkerbundes. Österreich musste sich verpflichten, selbständig zu bleiben und auf einen Anschluss an das Deutsche Reich zu verzichten.

Nach der Kreditzusage wurde am 1. Jänner 1925 der Schilling anstatt der Krone eingeführt (1 Schilling = 10.000 Kronen). Die Sozialdemokraten polemisierten heftigst gegen den Kredit und verweigerten ihre Zustimmung, da sie vehement für den Anschluss an

Deutschland waren und von den Sparmaßnahmen eine Verschlechterung der Lebensumstände für die Bevölkerung befürchteten. Doch die Beendigung der Inflation war die Voraussetzung für jedes vernünftige Wirtschaften. Die Finanzierung der Vorhaben des „Roten Wien“ erfolgte hauptsächlich über Steuern und wäre ohne Währungsanierung unmöglich gewesen.

Viktor Th. Slama: Breitner Steuern. Sozialdemokratische Partei SDAP, Landtagswahl 1927 [1477].

Mit der Erhebung Wiens zum Bundesland 1921 war die Möglichkeit eigener Steuerfindung verbunden. Nach Währungsstabilisierung führte der ehemalige Direktor der Länderbank und nunmehrige SDAP-Finanzstadtrat Hugo Breitner Steuern ein, die Wohlhabende, aber auch den Mittelstand besonders trafen, aber die Wählerschaft der SDAP schonte. Die Erträge dienten großteils der Finanzierung des Gemeindewohnbaus und des Fürsorgewesens. Kriegs- und Währungsspekulanten waren bei niemandem beliebt, deshalb verwies die SDAP werbewirksam auf die hohe Besteuerung ihres Luxuslebens. Unter anderem wurden Konsumationen in „Luxuslokalen“ (wozu bald 1/3 der Gastronomiebetriebe zählten) höher besteuert. Die Luxussteuern brachten relativ wenig ein, weshalb Breitner ab 1926 sogar die Abgabe von Bier als Luxus besteuerte.



Victor Th. Slama: So ist Euch zum 2. Male geholfen worden. Sozialdemokratische Partei SDAP, Landtagswahl 1927 [4027]

1923 erreichte die SDAP bei den Nationalratswahlen knapp 40%. Eine Mehrheit war nur zu erreichen, wenn man bisher Fernstehende wie Gewerbetreibende und Kaufleute ansprechen konnte. Obwohl man es mit Plakaten wie diesem versuchte, gelang es kaum. 1927 erhielt die SDAP nur rund 42%.

In der schwarzen Soutane sollte der Obmann der Christlichsozialen Prälat Ignaz Seipel erkannt werden. Als Kanzler gelang ihm 1922 die Währungssanierung durch einen Völkerbundkredit, womit die galoppierende Inflation gestoppt wurde. Damit brachen zahlreiche Spekulationsbanken zusammen und rissen auch seriöse Institute mit. So kam die Postsparkasse durch ihre Verbindung mit dem „Spekulanten-König“ Sigmund Bosel in Bedrängnis und musste – wie auch einige Lokalbanken – aus Budgetmitteln saniert werden. Manche christlichsoziale Politiker spielten dabei eine zwielichtige Rolle.



Mihaly Biró: So habe ich das Christentum nicht gemeint. Sozialdemokratische Partei SDAP, Nationalratswahl 1920 [579]

Einerseits wollte die SDAP auch Wähler der Christlichsozialen ansprechen wie Bauern und Katholiken, andererseits war sie strikt antiklerikal. Der Konflikt sollte über den Unterschied der feudalen Amtskirche zum besitzlosen Urchristentum gelöst werden.

Neben dem livrierten Kutscher sitzt eine Gestalt in Tracht, die auf die Allianz zwischen ländlichen

Christlichsozialen und den feisten Kirchenfürsten hinweist. Das Plakat erregte großes Aufsehen, die konservative Presse kommentierte die Verwendung der Christusgestalt im Wahlkampf gar als Gotteslästerung. Ein Eindringen in christliche und bäuerliche Schichten gelang der SDAP nicht. Das Misstrauen gegen die dauernd von Marxismus und Herrschaft des Proletariats fabulierende Sozialdemokratie war einfach zu groß.

Die Utopie vom „Neuen Menschen“

In der Erziehung der Bevölkerung zu „Neuen Menschen“ sah die marxistische Theorie eine der Voraussetzungen zur Erreichung einer „besseren Welt“. Die SDAP übernahm diese eigentlich totalitäre Utopie, um sie in Wien umzusetzen. Die Genossen sollten mit dem Klassenfeind „Bürger“ möglichst wenig Kontakt haben. Dazu wurde ein dichtes sozialistisches Umfeld aufgebaut: Säuglingsbetreuung, Kindergärten, Schulen, Jugend-, Sport-, Hilfs- und Freizeitvereine, Arbeiterhochschulen, Büchereien, Gasthäuser, Sparkasse, Versicherung bis zum Bestattungsverein „Die Flamme“. Oft in Gemeindebauten angesiedelt, lagen die Lokale „vor der Haustüre“. Für die Betreuung sorgten 30.000 ehrenamtliche Vertrauensleute, die zumindest monatlich anlässlich des Mitgliedsbeitragsinkassos vorbeikamen, sowie Hauskontrolleure, die sogar in den Wohnungen Nachschau halten konnten.



Anonym: Schützt Eure heiligsten Güter. Einheitsliste (= Christlichsoziale Partei CSP), Nationalratswahl 1927 [583]
Die Sozialdemokraten wollten den Einfluss der Kirche auf Ehe und Schule abschaffen. Dieser „Kulturkampf“ gipfelte in der Aufhebung der Verbindlichkeit des Religionsunterrichtes in Städtischen Schulen durch den Wiener Stadtschulratspräsident Otto Glöckel. Auch Schändungen religiöser Symbole durch Jugendliche kamen immer wieder vor. Die Christlichsozialen – deren Obmann ja der Priester Ignaz Seipel war – sahen darin einen marxistischen Angriff auf das Christentum schlechthin. Nach der Brandstiftung am Justizpalast 1927 durch eine demonstrierende Menge und der Verweigerung der Begnadigung der Rädelführer durch Bundeskanzler Seipel wurde dieser von der SDAP zum „Prälaten ohne Milde“ abgestempelt. Einer Kirchenaustritts-Kampagne der SDAP folgten 25.000 Menschen, was Seipel als Priester besonders traf.

Anonym: Politisches Kabarett. Sozialdemokratische Partei SDAP, Ankündigungsblankett, ohne Jahr [2994]
Im Herbst 1926 gründeten Studenten, Schüler und Jugendfunktionäre die „Sozialistische Veranstaltungsgruppe“. Spielort, Datum und Uhrzeit wurden durch handschriftlichen Eintrag am unteren Rand des Plakates bekannt gemacht. Besonders scharfe kabarettistische Angriffe gegen die Regierungsparteien und deren Funktionäre, aber auch die eigene Parteiführung sollten die Parteijugend und den linken Rand der SDAP zufrieden stellen.



1929 stieß auch der erst 17jährige Schriftsteller Jura Soyfer zu der Gruppe. Er starb 10 Jahre später im KZ-Buchenwald an Typhus.



Chatroux (= Siegfried Charoux): Arbeiter Turn- und Sportfest, Sozialdemokratische Partei SDAP, Ankündigung 1926 [1667]

Sport war für die Sozialdemokraten sowohl gesellschaftlich als auch gesundheitlich ein wichtiges Anliegen. Auch auf diesem Gebiet achtete man, nicht mit bürgerlichen Vereinen in Kontakt zu kommen. So veranstalteten die Sozialisten eigene Arbeiterolympiaden anstatt bei den allgemeinen Olympischen Spielen teilzunehmen. Auch die körperliche Ertüchtigung für den paramilitärischen „Republikanischen Schutzbund“ spielte eine Rolle.

Den im Krieg von Unterernährung und Verwahrlosung besonders betroffenen Kindern und Jugendlichen widmete sich die vom Arzt Julius Tandler vorbildlich organisierte städtische Fürsorge. So verdienstvoll er auf diesem Gebiet wirkte, so problematisch waren seine Ansichten als Eugeniker, der dafür eintrat „dass man lebensunwertes Leben opfern müsse, damit lebenswertes erhalten bleibt.“

Victor Th. Slama: Eltern wählet für uns. Sozialdemokratische Partei SDAP, Nationalratswahl 1930 [3934]

Die Kinderfreunde kümmerten sich um die außerschulische Kinderbetreuung und Erziehung nach modernen Grundsätzen. Sie betrieben auch die zahlreichen neuen Kinderfreibäder, die sich, wie die Kindergärten, oft in den Höfen der Gemeindebauten befanden. Das erleichterte die Abschottung von einer bürgerlichen Umwelt. Für ältere Jugendliche gründete man innerhalb der Kinderfreunde die „Roten Falken“ als sozialistischen Ersatz für kirchliche Jugendgruppen und Pfadfinder. Die Finanzierung erfolgte unter anderem durch eine von Hugo Breitner erfundene und ertragreiche „Fürsorgeabgabe“ (von den Betrieben zu leistende Lohnsummensteuer) und eine Steuer auf die Beschäftigung von Hauspersonal. Die Steuern hatten auch negative Auswirkungen: Arbeitsstellen wurden reduziert, viele Hausgehilfinnen verloren Arbeit, Kost und Logis.



Arthur Stadler: Altersversicherung! Sozialdemokratische Partei SDAP, Nationalratswahl 1927 [4025]

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es eine Altersvorsorge nur für Beamte und Angestellte. Arbeitsfähige Arbeiter – gleichgültig, ob durch Invalidität oder Alter – mussten durch die Familie, karitative Organisationen oder die Armenfürsorge ihrer Heimatgemeinde erhalten werden. Auch in den vielen und modernen Sozialgesetzen des Jahres 1919 gab es keine Regelung der Arbeiterpension. Bundeskanzler Seipel stellte ein entsprechendes Gesetz für 1929 in Aussicht, das aber mit einer Besserung der wirtschaftlichen Lage verknüpft war, die nie eintrat. Deshalb fürchtet der alte Mann auf dem Bild, die gesetzliche Altersversorgung nicht mehr zu erleben. Die SDAP wies immer wieder auf diese unglaubliche Diskriminierung der Arbeiter hin, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg beseitigt wurde.

Karl Emmerling: Mieter bedenke! Sozialdemokratische Partei SDAP, Landtagswahl 1927 [4064]

Bis 1917 herrschte völlige Freiheit bei Mietverträgen. Die Hausherren verlangten gerade für Kleinwohnungen Wuchermieten. Um sich die leisten zu können, mussten deren Mieter noch Untermieter oder Bettgeher aufnehmen - Menschen, die für wenig Geld das gerade freie Bett eines Mitbewohners benützen konnten. In einer knapp 40m² großen Wohnung lebten oft bis zu 10 Bewohner. Um Familien von Frontsoldaten vor Delogierungen und Wuchermieten zu schützen, führte man 1917 den Mieterschutz ein: Die Mieten wurden am Stand von 1914 eingefroren („Friedenszins“), Kündigungen weitgehend verboten. Da die Häuser zumeist mit Krediten gebaut waren, wurden im Gegenzug den Hausherren Stundungsmöglichkeiten für ihre Rückzahlungen gesichert.

Doch die Inflation galoppierte: Für eine Ware, die 1914 eine Krone gekostet hatte, musste man 1922 ganze 14.400 Kronen zahlen. Alle Geldersparnisse und Renteneinkommen waren völlig wertlos geworden. 1914 kostete die Miete einer 40m²-Arbeiterwohnung 30 Kronen/Monat, 25% des monatlichen Durchschnittslohnes von 120 Kronen. Diese Miete wurde nun eingefroren und für den Hausherrn völlig wertlos. Nach Einführung der Schillingrechnung 1925 betrug die Miete 50 Groschen/Monat (mit einem Instandhaltungsbeitrag aber ohne Betriebskosten und Steuern). Ein Arbeiter verdiente nun monatlich 160 Schilling, der Mietaufwand betrug damit 0,3% seines Lohnes anstatt früher 25%. Für 50 Groschen konnte man zwei Eier kaufen. Die Christlichsoziale Regierung wollte den Mieterschutz schrittweise zurücknehmen. Die Sozialdemokraten warben dagegen für die Wahl 1927 mit der Angstparole, Mieter müssten dann den 15.000fachen Zins zahlen.



Au die Bevölkerung Wiens!

Um die Bevölkerung zu beunruhigen und Stimmen zu ergattern, behaupten die Sozialdemokraten, daß wir den 15.000 fachen Mietzins verlangen.

Dies ist unwahr!

Wir stellen fest:

- 1.) Wir verlangen nicht mehr** als die stufenweise Angleichung an die Mietbedingungen in den Wohnbauten der Gemeinde Wien.
- 2.) Wir haben keine Aufhebung der Kündigungsbeschränkungen verlangt,** sondern lediglich die gesetzliche Einführung der Hausordnung, die in den Gemeinde-Wohnbauten gilt. Dies verlangen wir und nichts anderes.

Der Zentralverband
der Hausbesitzervereine Wiens.

Anonym: An die Bevölkerung Wiens! Hausbesitzerverband, 1927 [4040]

Wäre der Mietzins um die Inflation aufgewertet worden, hätte das tatsächlich eine Verteuerung um das 15.000fache bedeutet. Das war nie angestrebt. Die Hausbesitzer wollten lediglich den gleichen Mietzins wie er für Gemeindebau-Wohnungen verlangt wurde. Das war für eine 40m² Wohnung 5 Schilling/Monat. Allerdings galt der Gemeindebau-Zins für eine Wohnung in einem soliden Neubau mit Wasser und WC in der Wohnung, allen Fenstern ins Freie, einem großen begrünten Innenhof und Gemeinschaftsanlagen. Den Standard erfüllten „Zinskasernen“ nicht annähernd. 1929 setzten die Hausherren eine Anhebung des nunmehrige Gesamtzinses („Hauptmietzinses“) auf 20 Groschen pro „Friedenskrone“ durch. Für eine alte 40m² Wohnung zu 30 Kronen „Friedenszins“ hieß dies nun 6 Schilling Miete/Monat, etwa 4 % des Lohnes.

Der Mieterschutz wurde durch die christlichsoziale Regierung nicht radikal ausgehebelt, da auch deren Wählerschaft profitierte. In Mieterschutz-Wohnungen durften Zimmer trotz des minimalen Zinses unbeschränkt untervermietet werden. Verarmte Mittelstandsfamilien in großen Wohnungen lukrierten so ein Zusatzeinkommen. Die Wirtschaft war in den schwierigen Zeiten an niedrigen Durchschnittslöhnen interessiert, was durch die niedrigen Mieten leichter durchzusetzen war.

Schließlich profitierte auch das „Rote Wien“, da Niedrigzins-Wohnungen ungeniert besteuert werden konnte, ohne die Mieter ins Verderben zu stürzen. Für Kleinwohnungsmieter war die Steuer gering. Betroffen war besonders der verarmte Mittelstand, der sich über Untervermietung in großen Wohnungen über Wasser hielt. Durch den Mieterschutz kam auch jeder private Wohnhausbau zum Erliegen, was zu einem Preissturz bei Grundstücken führte, die die Gemeinde nun in großer Zahl billig erwarb.

Victor Th. Slama: Aussig'schmiss'n hob is'!

Sozialdemokratische Partei SDAP, Wahl 1930
[Nachdruck oNr]

Hausherrn waren die Feindbilder der Sozialdemokraten. Der Hauseigentümer sah in seinem Besitz eine zu maximierende Einnahmequelle. Die Kündigungsfrist entsprach der Zinszahlungs-Periode. Als Wochenlöhner konnten Arbeiter den Zins nur wochenweise zahlen und auch mit Wochenfrist ohne Angabe von Gründen gekündigt werden. Das geschah häufig, da aufgrund Wohnungsmangels von einem Nachmieter oft eine höhere Miete verlangbar war. Durch den Mieterschutz wurden Kündigungen kaum noch möglich und die Einnahmen wertlos. Das Schicksal der Hausherrn entsprach dem der Kriegsanleihezeichner, Rentiers und Sparer, die durch die Inflation alles verloren hatten. Aber zumindest konnten die Hausherrn das Eigentum am Haus erhalten und einen noch offenen Kredit inflationsbedingt billigst tilgen.



Victor Th. Slama: Der Rote Mann spricht:

Sozialdemokratische Partei SDAP, Wahl 1930
[Nachdruck, 2063]

1922 begann die Bautätigkeit der Sozialdemokraten in Wien. Die Bilanz nach 10 Jahren war eindrucksvoll: 1922-1927 wurden 25.000 Wohnungen gebaut, bis 1933 nochmals rund 40.000 in gesamt 382 Gemeindebauten. Dazu kamen 5.000 Siedlungshäuser. Unter anderem errichtete die Gemeinde noch das wegen „Prunks auf Steuerkosten“ von der Opposition heftig kritisierte Amalienbad, 5 große Sport- und 89 Kinderfreibäder, 60 Kindergärten und das Praterstadion. Die einzige Maßnahme für den öffentlichen Verkehr war die Wiederinbetriebnahme und Elektrifizierung der Stadtbahn.

Der am Plakat rechts außen angekündigte Rest fiel größtenteils der Finanzkürzung und Weltwirtschaftskrise zum Opfer. Mit dem „Roten Mann“ schloss Slama an die Kultfigur Mihaly Birós von 1912/1920 an.

Victor Th. Slama: Volkswohnungen – nicht Luxusvillen! Sozialdemokratische Partei SDAP, Wahl 1930 [906].

Die 382 Gemeindebauten wurden von 190 Architekten geplant. Wohnungsgrößen, Wohnungsstruktur, Ausstattung und Baumaterialien waren vorgegeben, der Stil war frei. Die Grundstücke wurden etwa zu 50% verbaut - gegenüber 85% bei „Zinskasernen“. Die Hauseingänge lagen in den Höfen, was gemeinsam mit den vergitterten Hofzugängen den Bauten oft ein festungsartiges Aussehen verlieh. Die Wohnungen waren 38 oder 48m² groß, nur wenige größer. Alle hatten Wasser und WC, aber keine Bäder. Dafür gab es gemeinsame Dusch- und Wannenküchen sowie Waschküchen. Auch wenn an den Bauten darauf hingewiesen wird, sie seien aus Mitteln der Wohnbausteuer erbaut worden, deckte diese nur 1/3 der Kosten von 414 Millionen. Die finstere Gestalt mit Heimwehrhut und Beil rechts stellt den christlichsozialen Feind dar, der den Mieterschutz morden will.



S. Weyr: 60.000 sind's bisher. 80.000 sollen es werden Sozialdemokratische Partei SDAP, 1932 [Nachdruck, 2114].

Trotz einer Gesamtleistung von 65.000 Wohnungen in 10 Jahren konnte das Wohnungsproblem nicht gelöst werden. 90 % der Wohnbauten stammten aus der Zeit vor 1914 und waren kriegs- und mieterschutzbedingt oft in desolatem Zustand. Der private Neubau war aus denselben Gründen zum Erliegen gekommen.

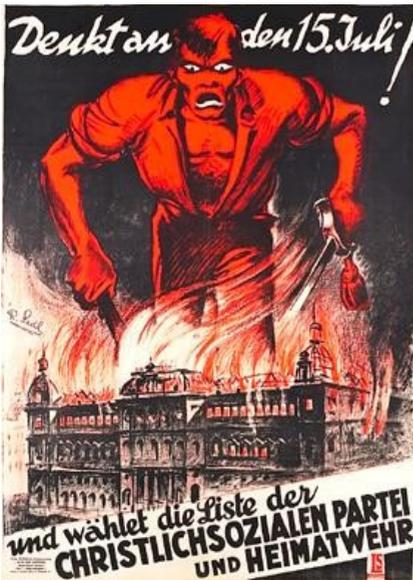
Monogramm J. B.: Wir wollen keine Zinskasernen, Einheitsliste (= Christlichsoziale Partei CSP), Wahl 1927 [977]

Die CSP lehnte die hier abweisend und farblos gezeichneten Gemeinde-

bauten ab und wollte mit dem Siedlungsbau Einfamilienhäusern forcieren. Die Siedlungen wurden zumeist in Eigenregie errichtet, wie die Arbeiter mit Spaten andeuten. Die SDAP lehnte dagegen Siedlungsbauten wegen hoher Aufschließungskosten ab - und weil die Bewohner darin „verbürgerlichen“ würden.

Interessanterweise ähneln die Bauten der „lobenden“ Collage oben denen auf dem „ablehnenden“ Plakat rechts.





Rudolf Ledl: Denk an den 15. Juli! Christlichsoziale Partei CSP und Heimatwehr, Wahl 1930 [673] Bei einem Zusammenstoß rechter und linker Provokateure waren 1927 in Schattendorf ein Kind und ein Sozialist von den Rechten erschossen worden. Ein Geschworenengericht sprach die Täter frei. Das Fehlurteil konnte nach damaliger Rechtslage nicht korrigiert werden. Nach einem emotionalen Leitartikel in der Arbeiterzeitung bildete sich am 15. Juli vor dem Justizpalast eine spontane Demonstration. Die Führung der SDAP war überrascht und überfordert als die Menge Zeitungsredaktionen und Polizeistationen verwüstete, Geschäfte plünderte und schließlich das Gerichtsgebäude in Brand steckte. Der Polizeieinsatz forderte 84 tote Demonstranten und 5 tote Polizisten. Für die SDAP waren die Gegner nun Arbeitermörder, für die Bürgerlichen war es ein Putschversuch der Linken, der von der Polizei gerade noch niedergeschlagen werden konnte. Aus Misstrauen war Hass geworden.

Walter Langhammer: Nicht Bürgerkrieg, Sozialdemokratische Partei SDAP, Wahl 1930 [6]

Der Konflikt vom 15. Juli 1927 führte zu einem Aufrüsten der Parteiarmeen: Seitens der CSP die inhomogene und zersplitterte, aber finanziell gut ausgestattete Heimwehr, seitens der SDAP der homogene und personalstarke aber schlechter ausgestattete Republikanische Schutzbund. Österreich glich einem Pulverfass. Angesichts der Weltwirtschaftskrise, aber auch des Erstarkens der NSDAP in Deutschland, bot CSP-Obmann Seipel der SDAP eine Koalition an. Deren Chefideologe Otto Bauer schlug das aus. Es wäre vielleicht die letzte Gelegenheit gewesen, den Weg in den Untergang zu verlassen. Bei Landtagswahlen 1932 erzielte die NSDAP aus dem Nichts große Gewinne. Der neue Kanzler Dollfuß schwenkte nun auf einen antidemokratischen Kurs um und nützte eine von der SDAP-Führung verursachte Panne in einer Sitzung zur Ausschaltung des Parlaments.



Für heute neuer Artillerieeinsatz in Wien angekündigt, Hamburger Fremdenblatt, 1934 [1512]

Nachdem das Parlament ausgeschaltet worden war, regierte Kanzler Dollfuß zunehmend diktatorisch. Dabei stützte er sich auf die Heimwehr und das als Schutzmacht gegenüber Deutschland agierende Italien. Noch hatten Mussolini und Hitler nicht zueinander gefunden. Konfrontationen zwischen Republikanischem Schutzbund RSB, Heimwehren und der SA der NSDAP hatten mehrere Todesopfer gefordert. Darauf wurden 1933 RSB und SA, nicht aber die Heimwehr, verboten. Sowohl RSB als auch SA agierten im Untergrund weiter.

Im Februar 1934 sollte eine Suche nach Waffen im Linzer SDAP-Parteheim stattfinden, um den RSB zu einer Gegenwehr zu provozieren. Der örtliche SDAP-Parteisekretär teilte der Führung in Wien mit, er werde sich dem mit Waffengewalt widersetzen. Die zentrale Führung riet dringend ab, das Telegramm wurde aber von der Polizei abgefangen.

Arbeiter!

Die Führer der Sozialdemokratischen Partei

Dr. Otto Bauer
Dr. Deutsch

haben Eure Genossen auf die Barrikaden geschickt.
Sie selber ließen Euch im Stich und sind im Auto
geflüchtet!

Während Eure Genossen in sinnlosem Aufruhr das
Leben aufs Spiel setzten, behielten sich die „Führer“
bereits jenseits der Grenze in Sicherheit.

Anonym: Arbeiter! Information der Bundesregierung, 1934 [2024]

Als am 12. Februar 1934 Polizei in das Linzer SDAP-Parteheim eindrang, eröffneten der Republikanische Schutzbund RSB das Feuer. Die SDAP-Führung hatte keinen Plan für einen Aufstand. Nur verhältnismäßig wenige Parteimitglieder in einigen Wiener Bezirken und Industrieregionen schlossen sich dem Aufstand an. Ein Aufruf zum Generalstreik wurde nur lückenhaft befolgt. Bundesheer, Polizei, Gendarmerie und Heimwehr waren weit überlegen. Da sich RSB-Kämpfer auch in Gemeindebauten, in denen es vereinzelt Waffenlager gegeben hatte, bewaffnet verschanzten, brachte man vor einigen Bauten Artillerie in Stellung. Nach Vorwarnung und Aufforderung, das Gebäude zu verlassen, nahm das Bundesheer die Wohnhäuser unter Artilleriebeschuss. Die Vorwarnungen haben wohl gewirkt, da die Menschenverluste in den betroffenen Bauten sowohl unter Aufständischen als auch Zivilisten glücklicherweise gering waren.

Anonym: Volk von Österreich, Bundesregierung 1934 [34]

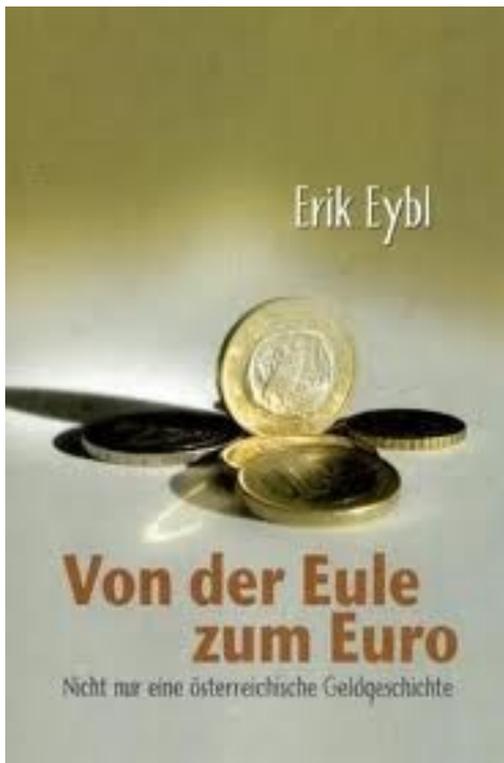
Der Aufstand des Republikanischen Schutzbundes RSB war nach drei Tagen niedergeschlagen. Er kostete 357 Tote: 111 unter den Aufständischen (wozu noch 9 Hingerichtete kommen sollten), 112 unter der Exekutive und 134 unbeteiligte Zivilisten. Ein Teil der SDAP-Führung wie Otto Bauer und der RSB-Kommandant Julius Deutsch waren ins Ausland geflohen. Die in Österreich verblieben wie Karl Renner und General Theodor Körner wurden verhaftet. Das verabscheuungswürdigste Exempel statuierte die Regierung aber an 9 gefangen genommenen Schutzbund-Kämpfern, die hingerichtet wurden. Bundespräsident Miklas drängte auf deren Begnadigung, Justizminister Schuschnigg verweigerte aber einen entsprechenden Antrag, ohne den der Bundespräsident nicht agieren konnte. Die SDAP war schon am 12. Februar verboten, Bürgermeister Seitz des Amtes enthoben und verhaftet worden. Es war das Ende vom „Roten Wien“.

Volk Österreichs!
Dank' es diesen drei,
daß Du vom roten Terror frei!

Einzahlungen für den Fey-Fonds
bei der Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Wien, 1. Bezirk, Remgasse 2, und
bei Ihren Wiener Wechselstuben und ausdrittigen Filialen sowie auch im Bureau des Wizekanzlers

Bücher von Erik Eybl

Von der Eule zum Euro – Nicht nur eine österreichische Geldgeschichte,
364 Seiten, mehr als 650 Bilder und Kaufkraft-Tabellen von 100 nChr bis
2003, Hermagoras-Verlag, Klagenfurt, 2005. ISBN-3-7086-0166-1



Rezension aus www.buchfreund.de:

Was mich an diesem Buch fasziniert, ist die Leichtigkeit mit der es der Autor schafft, geschichtliche Inhalte zu vermitteln. Durch seinen leichten und einladenden Erzählstil hat man das Gefühl ein Fachbuch zu lesen aber gleichzeitig auch sehr gut unterhalten zu werden. Die Vielzahl von Abbildungen alter Münzen, Geldscheine, Sparbücher, Zeitungen, Plakate und diverser Alltagsgegenstände lassen einen unweigerlich immer wieder kurz inne halten und an die ganz persönlichen Erlebnisse denken, die man mit diesen lange nicht mehr gesehenen Objekten verbindet..

Alle Abbildungen zeigen Objekte der Sammlung Eybl.

Erik Eybl / Stephan Knott:

Krieg an der Wand. Der Erste Weltkrieg im Spiegel der Plakate.

447 Seiten, 772 Abbildungen, Gewicht: 1250 g, Format: 30 x 21 cm.

Verlag des Geschichtsvereines für Kärnten, Klagenfurt, 2014.

ISBN: 978-3-85454-128-8



Die Kunst im Dienste des Krieges wird an Beispielen aus allen kriegführenden Staaten beleuchtet. Das Buch besticht durch seine erstklassigen Abbildungen, seine gut lesbaren populärwissenschaftlichen Überblickstexte und die fachkundigen Kommentare zu den Künstlern, den Plakatsujets und den mit diesen verbundenen Propagandaabsichten. Kein Aspekt des Krieges und des Kriegsalltags an der „Heimatfront“ wird dabei ausgespart: Kriegserklärungen und Mobilisierungen, Truppenergänzung, Abschied, Aufbau von Feindbildern, Kriegsfinanzierung, neue Waffen – alte Strategien, falsche Vorstellungen von der Front, Flucht, Besetzung, Gefangenschaft, Desertion, Verwundung und Tod, Frauen im Kriegseinsatz, die Organisation des Mangels, Zerstörungen, Durchhalteappelle, „Nichts als Siege“, Friedenssehnsucht, Der lange Weg zum Frieden, Heimkehr usw..

Alle 772 Abbildungen des großformatigen Bandes zeigen Plakate der Sammlung Eybl.